bnr.de
blick nach rechts

21. Jahrgang | 20 | 30. September 2004

Rechte Szene 2

Ein brauner Saustall
Getarnt als private Veranstaltungen finden in einer umgebauten Scheune in der hessischen Provinz Neonazi-Veranstaltungen statt.

Märtyrer on Tour
"Landser"-Sänger Regener macht Kasse.

Grauzone 4

Tatsachenverdrehung
Wenn es um die „Entkriminalisierung" deutscher Geschichte geht, vergisst die „Junge Freiheit" ihr Bemühen um ein gemäßigtes Auftreten.

Störung der Totenruhe
Die Tochter des auf dem Berliner Invalidenfriedhof liegenden NSDAP-Funktionärs Fritz Todt pflegt Kontakte zu extrem rechten Kreisen.

Blick in die Zeitgeschichte 6

Ausgrenzung und Beraubung
Die Ruinen von Prora dokumentieren, was die Nazis unter Sozialpolitik verstanden haben.

Demokratische Initiativen 7

Unmenschliche Versuche
Gedenkstätte für die Euthanasie-Opfer

Denkmal für Deserteure
Auf dem Soldatenfriedhof in Halbe liegen Täter und Opfer begraben.

Meldungen 8

Rechte Szene

Ein brauner Saustall

Getarnt als private Veranstaltungen finden in einer umgebauten Scheune in der hessischen Provinz Neonazi-Veranstaltungen statt.

Im umgebauten und schalldichten Schweinestall konnten die Neonazis unbesorgt die Sau rauslassen. Schon die Namen der Bands, die im kleinen hessischen 1500-Einwohner-Städtchen Kirtorf auf die Bühne kletterten, waren Programm: „Rassenhass“ spielte hier, eine andere Gruppe nannte sich „Rachezug“, die Lokalmatadoren von „Gegenschlag“ durften so wenig fehlen wie die „Aryan Rebels“. Und auch Musiker der in der Szene prominenten amerikanischen Bands „Aggressive Force“, „Max Resist“ und „Intimidation One“ zog es in die hessische Provinz zwischen Marburg und Fulda.

Sie und die Konzertveranstalter fanden dort ideale Bedingungen vor. Lange Zeit hatten die Kirtorfer passiv zugesehen, wie ihre Stadt immer wieder das Ziel von Neonazis war. Vor allem aber trafen sie auf Landwirt Bertram Köhler, den 41-jährigen Besitzer jenes umgebauten Stalls. Er hatte nicht die geringsten Bedenken, sein Anwesen zum Veranstaltungsort für Bands zu machen, die ungehemmt nach Gewalt schreien und primitivsten Antisemitismus verbreiten. Die Polizei blieb draußen vor der Tür, reagierte zwar mit Personenüberprüfungen und Platzverweisen bei der An- und Abreise musikbegeisterter Naziskins aus allen Teilen der Republik, fand aber kein Mittel, die Neonazikonzerte zu verhindern. Die waren nämlich, so behauptete es Köhler, gar keine öffentlichen Konzerte: „Das ist eigentlich Party. Also keine öffentliche Veranstaltung“, sagte er in einem Interview mit dem ARD-Magazin „Kontraste“, „das ist alles so, nur geladene Gäste. Alles Leute, die man kennt von irgendwoher ... Das ist hier auf jeden Fall privat.“ Manchmal handelte es sich auch um vermeintliche Geburtstagsfeiern. Geburtstagskinder fanden sich immer.

Ein im Frühsommer gebildetes „Aktionsbündnis Kirtorf gegen Rechtsextremismus“ hat zusammengestellt, was sich dank dieser Tarnung in Kirtorf entwickeln konnte: von Hitler-Geburtstagsfeiern über Veranstaltungen zu Ehren des Hitler-Stellvertreters Rudolf Heß und zur Erinnerung an den Hitler-Putsch 1923 sowie Sonnenwendfeiern bis hin zu der Serie von Konzerten, die im umgebauten Stall mit bis zu 200 Teilnehmern oder open air auf einer Wiese Köhlers am Ortsrand mit über 600 Zuhörern stattfanden. Der hessische Verfassungsschutz notierte bereits in seinem Jahresbericht für 2002, dass „das Anwesen eines Rechtsextremisten in Kirtorf der Kristallisationspunkt“ für Skinhead-Veranstaltungen in Hessen geworden sei. Die Skinhead-Szene in Kirtorf sei „mit Abstand die aktivste in ganz Hessen“. Beobachtet wurden vom Verfassungsschutz insbesondere auch die Kontakte der Kirtorfer zu der Szene rund um den im Neonazimusikgeschäft regen Thorsten Heise.

„Die haben einen Hass auf die Regierung“

Das vorerst letzte der Konzerte auf dem Hof Köhlers brachte das Fass zum Überlaufen. Wobei vermutet werden darf, dass es weniger das Konzert an sich war, sondern eher die Tatsache, dass dort mit verdeckter Kamera gefilmt wurde und die Aufnahmen den Weg zur „Kontraste“-Redaktion fanden. Die Gruppe „Garde18“ sieht und hört man dort mit dem in Neonazikreisen – wenn man unter sich ist – extrem beliebten Stück „Blut muss fließen“: „Blut muss fließen knüppelhageldick und wir scheißen auf die Freiheit dieser Judenrepublik. In der Synagoge hängt ein schwarzes Schwein, in die Parlamente schmeißt die Handgranaten rein.“ Köhler, darauf angesprochen, geriet ein wenig ins Stottern, hatte aber offenbar nicht grundsätzlich etwas einzuwenden, gegen den Text: „Weil diese Freiheit dieser Judenrepublik, das ist nämlich auch so, das ist halt so, das ist nämlich gar keine richtige Freiheit. Eigentlich ist unsere Demokratie auch ’ne Diktatur.“ Und: „Es gibt einige, denen geht’s nicht mehr so gut – und die haben einen Hass ... auf die Regierung, und die würden gerne Handgranaten in die Parlamente schmeißen. Und wenn die das Lied hören, dann freuen die sich da drüber.“

Am Tag vor der Ausstrahlung des Beitrags rückte die Polizei mit einem großen Aufgebot zu Hausdurchsuchungen bei Köhler sowie bei Glenn Engelbrecht (29), einem weiteren „Kopf“ der regionalen Szene aus einem Nachbardorf, und beim 30-jährigen Veranstalter des „Garde18“-Konzerts im unterfränkischen Bastheim an. Umfangreiches Beweismaterial sammelten die Beamten ein. Ne-

ben einer Vielzahl von Waffen mit Munition seien Ton- und Bildträger sowie NS-Propagandamaterial sichergestellt worden, bilanzierte die Polizei anschließend.

Damit nicht genug, reagierte auch der Vogelsbergkreis inzwischen. Mit dem Baurecht soll zumindest vorübergehend der Musikbetrieb in Köhlers Stall lahm gelegt werden. Das Landratsamt in Lauterbach erließ wegen erheblicher baulicher Mängel ein Nutzungsverbot für den Raum. Erstmals umgesetzt wurde das Verbot am ersten Septemberwochenende: Rund 40 Neonazis, die auf der Anreise nach Kirtorf waren, wurden mit Platzverweisen belegt. Angeblich sollte in Kirtorf eine Grillfeier steigen. Tatsächlich wurden aber „Vorbereitungen für Konzertdarbietungen getroffen“, wie es bei der Polizei hieß. Sie schließt nicht aus, dass deutlich mehr als die 40 wieder heimgeschickten Neonazis auf dem Weg zu dem „Event“ waren, aber von der Absage erfahren hatten, noch ehe sie in die Kontrollen gerieten.

Köhler hatte die Veranstaltung indirekt im Interview angekündigt: „Im September feiern wir die nächste Party. Hier im Hof wieder.“ Wenn die Kirtorfer Bürger gegen sein Treiben mobil machen würden, dann „machen wir auch mobil“, sagte er.

Gut möglich, dass die Verfügung des Vogelsbergkreises auch die Kameraden des im Raum Marburg ansässigen Aktionsbüros Mittelhessen, dem sich wiederum auch die örtlichen Gruppen „Berserker Kirtorf“ und „Kameradschaft Kirtorf“ angeschlossen haben, in Probleme stürzt. Das Aktionsbüro hat einen „Tag der hessischen nationalen Jugend“ für den 23. Oktober angekündigt. Manches sprach dafür, dass er in Kirtorf stattfinden sollte. Wie die Neonazikonzerte in Köhlers „Saustall“ wurde auch die „Große Saalveranstaltung“ mit Rednern, Diskussion, musikalischem Rahmenprogramm, Verkaufs- und Infoständen im Vorfeld als „private Veranstaltung“ annonciert, für die es einer persönlichen Einladung bedürfe. Als einer der Redner beziehungsweise Diskussionspartner wurde zudem Michael Langer aus Lauterbach genannt, der enge Verbindungen zu den Kirtorfer Skinheads pflegt.

Tomas Sager

Märtyrer on Tour

"Landser"-Sänger Regener macht Kasse.

Selten wird in der rechten Szene von einem Konzert so geschwärmt, wie nach dem Kameradschaftsabend in Berlin Anfang Juni: „Ich habe schon viel erlebt“, heißt es in einem Internet-Beitrag, „aber bei der ‘Verschwörung’ klebten alle an der Decke!“. Die „Verschwörung“, die da in Berliner NPD-Räumen auf der Bühne stand, ist im wesentlichen der ehemalige „Landser“-Sänger und Texter Michael Regener (Spitzname Luni) mit ein paar Hilfsmusikern. Das Urteil im Prozess gegen die selbst ernannten „Terroristen mit E-Gitarre“ war gerade erst niedergeschrieben, da warf der Berliner schon eine CD unter dem Band-Namen „Die Lunikoff-Verschwörung“ auf den Markt. Bei der Verhandlung hatte er sich nicht groß geäußert. Das Gericht quittierte die mangelnde Einsicht im Dezember vergangenen Jahres mit drei Jahren und vier Monaten Haft, während die anderen beiden Musiker mit Bewährungsstrafen davon kamen (Regener: „Teuer erkauft um den Preis der Ehre“). Bis der Bundesgerichtshof über Regeners Revision entschieden hat, macht der „Landser“-Sänger auf freiem Fuß Kasse mit seinem Image als Märtyrer. Oft steht er nicht auf der Bühne, und wenn, dann wie in Berlin oder im September im Südwesten nur vor ausgewähltem Publikum. Ohne Einladung kein Zutritt. Eintritt muss allerdings trotzdem bezahlt werden, zuletzt waren es 25 Euro.

Neben dem verkaufsfördernden „Landser“-Image hat Regener auch gleich das geschwungene L des Landser-Schriftzuges ins legale Musikerleben retten können. Nur steht dahinter nicht mehr „andser“ sondern „unikoff Verschwörung“. Die Texte der neuen CD sind dagegen weich gespült, man will ja schließlich verkaufen und nicht wieder mit dem Gesetz in Konflikt geraten. „Freiwillig wäre mir sicher nichts Legales eingefallen“ tönte der „Landser“-Sänger protzig in einem Interview mit der „Deutschen Stimme“. Drei Anwälte hätten seine Texte „kastriert“. Inzwischen gibt es auch T-Shirts der „Lunikoff Verschwörung“ und anderen Schnick-Schnack, mit dem den rechten Jugendlichen das Geld aus der Tasche gezogen wird.

Benny Bender

Grauzone

Tatsachenverdrehung

Wenn es um die „Entkriminalisierung" deutscher Geschichte geht, vergisst die „Junge Freiheit" ihr Bemühen um ein gemäßigtes Auftreten.

Warum blieb der erhoffte Medaillensegen für die deutschen Olympioniken aus? Der emeritierte Jenaer Philosophieprofessor und Stammautor der „Jungen Freiheit“ Günter Zehm („Pankraz“) weiß eine Antwort: Der sportliche Misserfolg ist nur ein Beispiel für die Mittelmäßigkeit, ja Unterdurchschnittlichkeit, mit der die Herrschaft der 68er-Generation in den Führungsetagen die Nation auf allen Gebieten überzogen hat. Auf der Titelseite der neurechten Berliner Wochenzeitung vom 3. September 2004 konstatiert er förmliche „Fellachenmentalität“: Das probateste Kampfmittel dieser „Gegenelite“ bestehe im Verruf nationalen Wettbewerbsdenkens sowie der „systematischen Verleumdung der deutschen Mentalität und Geschichte“.

Gefragt ist demnach ein positiver Zugang zur deutschen Geschichte, damit die Leistung wieder stimmt. Auch dafür werden Beispiele geliefert, so mit Alfred Schickels Beitrag „An Frauen und Wunder glauben“ in der Ausgabe vom 27. August. Der Leiter der Zeitgeschichtlichen Forschungsstelle Ingolstadt bringt aus Anlass des 60. Jahrestages des Warschauer Aufstands eine höchst harmonische Version des Umgangs von Wehrmacht und polnischer Heimatarmee vor: Die deutsche Führung habe sich bereit erklärt, nach Intervention des Papstes den Angehörigen der „Armia Krajowa“ die Kapitulation in Ehren anzubieten, was per Handschlag besiegelt wurde und die besiegten Aufständischen nicht vor deutsche Erschießungskommandos, sondern in reguläre Gefangenenlager geführt habe, „wo sie nach eigenem Zeugnis gemäß der Genfer Konvention und der Haager Landkriegsordnung korrekt behandelt wurden“. Anerkennung habe nicht nur die „aufopfernde Treue der Mütter, Ehefrauen und Schwestern der Warschauer Freischärler“ gefunden – der deutsche Oberbefehlshaber Erich von dem Bach-Zelewski würdigte auch die „beispielhafte Haltung“ der kämpfenden Frauen. Insgesamt wird der Eindruck eines Umgangs gleichberechtigter Kombattanten erweckt, die sich nach ritterlichem Kräftemessen mit Komplimenten überhäufen.

Ein klassischer Fall von Geschichtsverdrehung. Der JF-Autor arbeitet mit dem Trick, den Blick auf die Übergabeverhandlungen vom 2. Oktober 1944 zu fokussieren, bei denen die Deutschen auch verbal alles daran setzen mussten, die verlustreichen Straßenkämpfe zu beenden, um wieder alle Kräfte gegen die Rote Armee wenden zu können – die auf Stalins Befehl am östlichen Weichselufer abgewartet hatte. Alles Geschehen davor und danach bleibt ausgeblendet. Unterschlagen wird: Die Bekämpfung des Warschauer Aufstands war vom ersten Tag an von massiven Übergriffen auf die Zivilbevölkerung begleitet, wobei sich besonders die berüchtigte SS-Division „Dirlewanger“ durch Massenerschießungen, Vergewaltigungen und Niederbrennen von Krankenhäusern hervortat. Sie konnte sich dabei auf Himmlers Befehl berufen, die Zivilbevölkerung unterschiedslos „niederzumachen“. Kein Wort darüber, dass unter klarem Bruch der Kapitulationsbedingungen nach Ende der Kämpfe rund 90 000 Zivilisten zu Zwangsarbeit und etwa 60 000 Zivilisten in Konzentrationslager verschleppt wurden. Kein Hinweis, dass SS-Obergruppenführer Bach-Zelewski als Bevollmächtigter des Reichsführer-SS zur Bandenbekämpfung einer der maßgeblichen Täter im Vernichtungskrieg war. Schließlich bleibt das Schicksal Warschaus unerwähnt, das in den folgenden Monaten systematisch mit Bränden und Sprengungen dem Erdboden gleichgemacht wurde. Damit vollendete die deutsche Besatzungspolitik ein Vorhaben, das sie seit dem Überfall im September 1939 verfolgte: Polen durch Vernichtung seiner Eliten und Zerstörung der Städte und Kunstschätze als Kulturnation auszulöschen. Als letzte der großen Warschauer Archive und Sammlungen verbrannte die Öffentliche Bibliothek am 17. Januar 1945.

Bei dem Ziel, Einfluss auf die „Mitte der Gesellschaft“ und wichtige Multiplikatoren zu gewinnen, bemüht sich die „Junge Freiheit“ um ein seriöses Auftreten und gemäßigte Sprache. Wenn es allerdings um die „Entkriminalisierung“ deutscher Geschichte geht, öffnet sie ihre Seiten für Inhalte, die vom geschichtsrevisionistischen rechten Rand bekannt sind.

Michael Pechel

Störung der Totenruhe

Die Tochter des auf dem Berliner Invalidenfriedhof liegenden NSDAP-Funktionärs Fritz Todt pflegt Kontakte zu extrem rechten Kreisen.

Der im Berliner Stadtbezirk Mitte liegende Invalidenfriedhof könnte sich zu einem Wallfahrtsort für Ewiggestrige entwickeln. So haben die Töchter von Fritz Todt (Jg. 1891) auf juristischem Wege erstritten, dass an dessen bislang anonymer Grabstelle ein neuer Grabstein errichtet werden darf. Der am 5. Januar 1922 in die NSDAP eingetretene Todt war einer der höchstrangigsten Multifunktionäre des NS-Regimes: Leiter des Amtes Technik der Reichsleitung der NSDAP und Präsident des Nationalsozialistischen Bundes Deutscher Techniker (1934), Leiter der Westwallbauten (1938), Generalbevollmächtigter für die Regelung des Bauwesens im Vierjahresplan und Chef der „Organisation Todt" (1938), SA-Obergruppenführer (1938), Generalmajor der Flieger (1939) und bis zu seinem Tod 1942 Hitlers Rüstungsminister. In Anerkennung seiner „Verdienste" um den Bau der Autobahnen und des Westwalls erhielt Todt als erster Deutscher den „Deutschen Orden", den Hitler als Auszeichnung „für besondere Verdienste um Volk und Reich" gestiftet hatte. Beim Staatsbegräbnis für Todt in Berlin hielt Hitler die Traueransprache und schloss mit den Worten: „Ich habe in diesem Mann einen meiner treuesten Mitarbeiter und Freunde verloren. Ich fasse seinen Tod auf als einen Beitrag der nationalsozialistischen Bewegung zum Freiheitskampf unseres Volkes."

Auch dem einstigen Chef des NS-Heerespersonalamtes, General der Infanterie und „Adjudant der Wehrmacht beim Führer und Reichskanzler", Rudolf Schmundt, soll demnächst auf dem Invalidenfriedhof ein Stein gewidmet werden. Schmundt, so die Sommerausgabe der „Deutschen Militärzeitschrift", „fungierte an entscheidender Stelle als Lenker und Denker zwischen Heer und Wehrmachtführung." Seit Jahren bereits ist die Grabstelle von Werner Mölders, eines von Hitler hoch dekorierten Jagdfliegers, gekennzeichnet. An dessen Todestag am 22. November versammeln sich alljährlich Ewiggestrige und Militaristen an der Grabstelle. Unbekannt ist dagegen noch die Grabstelle von SS-Obergruppenführer Reinhard Heydrich.

Von den Alliierten und dann zu DDR-Zeiten wurden auf dem Friedhof die Grabstätten von Nationalsozialisten unkenntlich gemacht und teilweise abgeräumt. Nach dem Ende der DDR kamen der Bezirk Mitte und das Landesdenkmalamt überein, dass Hinterbliebene von dort Bestatteten so genannte „Grabrestitutionssteine" niederlegen dürfen. Ausgenommen von dieser Regelung waren Größen des NS-Regimes.

Mit Hilfe ihres Rechtsanwaltes Thor von Waldstein (Mannheim) hat Ilsebill Todt (München) in einem 15-jährigen Rechtsstreit diese Regelung außer Kraft gesetzt. Waldstein, ehemals Bundesvorsitzender des Natioanldemokratischen Hochschulbunds, trat als Referent unter anderem bei den rechtsextremen Organisationen Gesellschaft für freie Publizistik und Deutsche Akademie in Erscheinung. Juristisch stand Waldstein auch dem Holocaust-Leugner Fred Leuchter zur Seite.

Ilsebill Todt pflegt Kontakte zu extrem rechten Kreisen. Gerngesehen ist sie bei Veranstaltungen des rechtsextremen Kulturwerks Österreich, das die „Blut-und-Boden"-Fraktion des Rechtsextremismus repräsentiert. Zugegen war Todt beispielsweise bei den „4. Kulturtagen" des Kulturwerks Österreich, die vom 30. September bis 5. Oktober 1995 in Sirnitz stattfanden. Zu der Veranstaltung hatten sich nach Erkenntnissen des Verfassungsschutzes „auch cirka 20 deutsche Rechtsextremisten" eingefunden. Unter den Teilnehmern waren Edith Christophersen (Mohrkirch, Ehefrau von Thies Christophersen, Autor des Hetzwerkes „Die Auschwitz-Lüge") und der einstige SS-Mann Georg Schrader,

Als Förderin ist Todt, die zu den ersten Abonnenten der „Jungen Freiheit" zählt, dem 1950 insbesondere von ehemaligen Nationalsozialisten gegründeten Witikobund zugeneigt. 1997 wurde Todt, die öffentlichkeitswirksam nicht in extrem rechten Kreisen geoutet werden will, in einer Spendenliste an den Witiko-Bundesverband aufgeführt. Informationen des Sender RBB zufolge soll Ilsebill Todt im Jahr 1995 auch an der Beerdigung der Heß-Witwe teilgenommen haben.

Anton Maegerle

Blick in die Zeitgeschichte

Ausgrenzung und Beraubung

Die Ruinen von Prora dokumentieren, was die Nazis unter Sozialpolitik verstanden haben.

Es ist die größte Immobilie des Bundes, die zweitgrößte Hinterlassenschaft der Nazis und das Objekt des Bundesvermögensamtes, für das fast 15 Jahre vergeblich ein Käufer gesucht wird: Die Ferienanlage der NS-Organisation „Kraft durch Freude“ (KdF) bei Prora auf Rügen. Die acht Gebäudekomplexe von je 500 Metern Länge, die sich über fast vier Kilometer parallel zum schönsten Strand der Insel erstrecken, sollten eines von fünf geplanten NS-Ferienzentren bilden – jeweils für 20 000 Gäste, immer zehn Tage lang. Daraus geworden ist niemals etwas. Als Hitler am 1. September 1939 Polen überfiel und damit den Zweiten Weltkrieg vom Zaun brach, wurden die Arbeiten eingestellt. Die Arbeiter mussten für die Rüstung schuften, das Bauermaterial wurde anderweitig benötigt. Nach dem Sieg über Polen sollte weiter gemauert werden. Es kam allerdings anders. Der Krieg ging im Westen weiter und mit dem Überfall auf die UdSSR im Juni 1941 brauchten die Nazis alles für den „Endsieg“, der zum Glück in der deutschen Kapitulation endete. Nach der Befreiung kam zuerst die Rote Armee nach Prora und zog in einige fast fertige Geschosse ein, ihr folgte die Nationale Volksarmee der DDR. Das sich anschließende Gastspiel der Bundeswehr dauerte nur wenige Monate. Seitdem verschandeln die Betonklötze Teile der Insel.

Die Ruinen von Prora haben alles überdauert, sodass der Zeitgenosse wenigstens noch ahnen kann, was die Nazis unter Sozialpolitik verstanden. Individuelle Freizeit war verpönt. Das Volk sollte gemeinsam Urlaub machen – streng organisiert von der KdF-Organisation. Auf Schiffen oder mit der Bahn sollten die Männer und Frauen anreisen. Riesige Versorgungsräume wie Wasch- und Kochküchen, Trockenräume und Entsorgungsanlagen hatte der Kölner Architekt Clemens Klotz entworfen und bauen lassen – nach Vorbildern des von den Nazi verteufelten Bauhausstils. Auf sein Honorar hat Klotz allerdings bis zu seinem Tod vergeblich gewartet. Sein oberster Auftraggeber Reichsminister Robert Ley hat sich Ende 1945 in Nürnberg selbst gerichtet. Sonnen und andere Energien sollten in Prora genutzt werden – modernes Wohnen auch nach Maßstäben von heute. Der Meister sollte mit dem Hilfsarbeiter, der Putzfrau oder dem Abteilungsleiter an einem Tisch essen, gemeinsam am Strand liegen und zwischendurch politisch geschult werden. Die Zweibettzimmer lagen aufgereiht wie an einer Perlenkette mit Blick auf Strand und Ostsee. Niemand sollte sich bevorzugt oder benachteiligt fühlen. „Ein Volk, ein Reich, ein Führer“ – auch im Urlaub. Parallel dazu bescherte der Staat fortlaufend soziale Besserungen. 1935 kamen die Ehestandsdarlehen und das Kindergeld, 1936 war die Vollbeschäftigung erreicht, 1938 gab es erhebliche Verbesserungen beim Kündigungsschutz und der Gesundheitsversicherung. 1939 konnte jeder billig Möbel, Hausrat, Wäsche, Kleidung und vieles andere mehr kaufen. Jüdischer Besitz wurde öffentlich versteigert und kaum einer schämte sich, mit zu feilschen.

Wie überhaupt die sozialen Vergünstigungen fast immer von Lasten und Ausgrenzung anderer begleitet waren. 1935 waren das die „Nürnberger Gesetze“, die Juden ihre deutsche Staatsbürgerschaft nahmen. 1936 erreichte die Verarmung der jüdischen Gemeinden einen ersten Höhepunkt. 1937, als die ausländischen Gäste der olympischen Sommerspiele von 1936 das Deutsche Reich wieder verlassen hatten, kam „Der Ewige Jude“ in die Kinos, wurden die Ausstellung „Entartete Kunst“ eröffnet und die wertvollen gestohlenen Gemälde danach ins Ausland verkauft. So ging es weiter bis 1941 mit dem engen Zusammenrücken der „Volksgemeinschaft“ angesichts des Krieges in Osteuropa, der Stigmatisierung der Juden durch den „gelben Fleck“ und dem Verbot der Auswanderung, der endgültigen Ausplünderung vor der Fahrt in die Vernichtungslager. NS-Sozialpolitik war stets zweigleisig: Wohltaten für die einen und Beraubung der anderen. Einige Teile des Klotzes von Rügen könnten angemessen genutzt werden, etwa um die NS-Sozialpolitik zu dokumentieren. Ob der Bund die dafür nötigen Mittel zur Verfügung stellen wird, ist ziemlich fraglich. Prora völlig dem Erdboden gleich zu machen, wäre freilich historisch unverantwortlich.

Heiner Lichtenstein

Demokratische Initiativen

Unmenschliche Versuche

Gedenkstätte für die Euthanasie-Opfer

Die Arbeit in der Gedenkstätte „Alte Pathologie“ auf dem Gelände des Landeskrankenhauses Wehnen (Landkreis Ammerland, in der Nähe von Oldenburg) nimmt jetzt Formen an. Bei ihrem jährlichen Gedenktag am 1. September konnten die Mitglieder des 1999 gegründeten Gedenkkreises Wehnen neue Ausstellungsteile in Augenschein nehmen. Außerdem wurden regelmäßige Öffnungszeiten festelegt: Dienstags von 9.00 bis 13.00, donnerstags von 13.00 bis 17.00 und sonntags von 13.00 bis 16.00 Uhr (Anmeldung unter Tel. 0441/9 61 53 96 oder 0 44 99/9 18 79 19; telefonisch können auch außerhalb dieser Zeiten Besichtigungstermine und Führungen vereinbart werden).

Die Gedenkstätte „Alte Pathologie“ war im April dieses Jahres nach jahrelangem Engagement der Gedenkkreis-Mitglieder eingeweiht worden. Sie erinnert an das Leid, das die Nazis in der Heil- und Pflegeanstalt Wehnen als der Vorgängerinstitution des Landeskrankenhauses angerichtet hatten. Dort starben im Zuge des nationalsozialistischen Euthanasie-Programms mindestens 1500 Menschen. Man ließ sie verhungern, verabreichte ihnen tödliche Medikamente oder nahm todbringende Infektionen in Kauf. Ursprünglich erfüllte die „Alte Pathologie“ den Zweck einer Leichenhalle. Doch unter dem Naziregime richteten die Ärzte hier einen Obduktionsraum ein, der als Labor für erbbiologische Forschungen an den getöteten Menschen verwendet wurde. Diese menschenverachtenden Experimente stehen im Mittelpunkt der neuen Gedenkstätte.

Während des jüngsten Gedenktages stellte der Oldenburger Historiker Ingo Harms Ergebnisse seiner Forschungen über die Geschehnisse im Kloster Blankenburg in der Nähe von Oldenburg vor. Von dort aus wurden von 1941 bis 1945 zahlreiche Patienten von Pflegeheimen in süddeutsche Euthanasie-Anstalten verschleppt. Ingo Harms verfolgte einzelne Schicksale.

Thomas Klaus

Denkmal für Deserteure

Auf dem Soldatenfriedhof in Halbe liegen Täter und Opfer begraben.

Jedes Jahr zum Volkstrauertag geht das gleiche Bild durch die Medien. Neonazis marschieren an dem Soldatenfriedhof im Brandenburger Örtchen Halbe auf, um die Wehrmacht zu glorifizieren. Halbe war im April 1945 Schauplatz der letzten Schlachten des untergehenden NS-Regimes. Auch nachdem die Rote Armee die deutschen Truppen eingekesselt hatte, lehnte die Militärführung auf Befehl Hitlers jegliche Kapitulation ab. Das ist der Stoff, aus dem die Rechten heute ihre Propaganda saugen. Dabei wird kaum erwähnt, dass sich nicht alle Soldaten für das untergehende NS-Regime verheizen lassen wollten. Mindestens 58 Deserteure sind auf dem Friedhof begraben. Sie wurden erschossen, weil sie die Uniform auszogen und sich ergeben wollten.

In Berlin wurde kürzlich die überparteiliche Initiative „Ein Denkmal für die Wehrmachtsdeserteure in Halbe“ vorgestellt. Zu den Initiatoren gehören der Gründer der Aktion Sühnezeichen Franz von Hammerstein und der Gründer der Bundesvereinigung Opfer der NS-Militärjustiz, Ludwig Baumann. Er wollte im vergangenen Jahr zum Volkstrauertag in Halbe dort beerdigten Deserteuren gedenken. Doch die Aktion wurde zunächst von den Behörden verboten. Damals entstand die Idee, mit einem würdigen Denkmal den Deserteuren an diesem Ort zu gedenken. „Es sind eben auch im Tod nicht alle gleich, sondern auch auf den Friedhof von Halbe liegen Opfer und Täter begraben“, betont Baumann, der als 19-Jähriger aus der Wehrmacht desertiert ist.

Wissenschafter, Künstler und Intellektuelle haben sich die Forderung nach der Ehrung der Deserteure zu eigen gemacht. Zu den Unterzeichnern des Aufrufs gehören unter anderem der Berliner Rechtsanwalt Wolfgang Kaleck, der pensionierte Richter Helmut Kramer und der Militärhistoriker Manfred Messerschmitt. Nach den Vorstellungen der Kriegsgegner soll das Denkmal am 8. Mai 2005, dem 60 Jahrestag der Befreiung, auf dem Friedhof von Halbe eingeweiht werden.

Peter Nowak

Meldungen

Ex-WSG-Chef kauft Rittergut

Kohren-Sahlis – Seit seiner Gefängnisentlassung 1989 sorgt Karl-Heinz Hoffmann, der ehemalige Anführer der militanten und verbotenen "Wehrsportgruppe Hoffmann", immer wieder für Aufregung. In der Saale-Stadt Kahla gehören seiner Frau immer noch etwa ein Dutzend Altstadthäuser, zeitweilig beschäftigte der chloreri-sche Ex-Grafiker 20 Angestellte und steuerte 12 Firmen. Zahlungskräftige Investoren kamen vor allem aus München und Nürnberg, Geschäftspartner aus rechten Kreisen tauchten auf. Die Baugeschäfte liefen schlechter, Hoffmanns Firmen wurden über einen inzwischen verurteilten professionellen „Firmenbestatter" ins Ausland beseitigt. Inzwischen gibt es neue Firmen und Karl-Heinz Hoffmann hat wieder zugeschlagen: im sächsischen Kohren-Sahlis gehört ihm das ehemalige Rittergut, mit Herrenhaus und Stallungen – insgesamt cirka 6 Hektar Gelände einschließlich Park. Angehörigen des Stadtrates machen der Neuinvestor und sein zweifelhafter Ruf große Sorge. Den stört das wenig, er soll bereits eine Stiftung zur Erhaltung von Denkmälern planen, damit würden auch Fördergelder fließen. Ob es jedoch die baufällige Substanz oder eher ehemalige Hausherren wie der NS-Dichter und Antisemit Freiherr von Münchhausen waren, die den nationalen Hobby-Autor Hoffmann vom Objekt überzeugten, bleibt offen. (ar)

Rechtsextremist verschickt Milzbrand-Briefe

USA (El Paso) – Nach einer Serie vorgeblicher Milzbrand-Sendungen hat das FBI im texanischen El Paso einen Rechtsextremisten festgenommen. Eine Hausdurchsuchung, die diverse Naziinsignien und einschlägige Literatur zu Tage förderte, erhärtete den Verdacht gegen der 34-Jährigen. Der von den örtlichen Behörden bereits seit längerem beobachtete Steven Earl Cottingham betrieb mehrere Neonazi-Internetseiten, darunter eine „Pride and Honor" (Stolz und Ehre)-Seite und die Seite einer 2SS Schach-Vereinigung". Nach Angaben des FBI wird Cottingham, der auch regelmäßiger Gast im Internetforum „Stormfront" ist, vorgeworfen, in den letzten Monaten vier mit weißem Pulver gefüllte Drohbriefe an verschiedene Bundesbehörden geschickt zu haben. In mindestens einem Fall soll es sich tatsächlich um Milzbranderreger (Anthrax) gehandelt haben. Unklar ist allerdings, wie der Verdächtige in den Besitz der Sporen gekommen ist. Mit Anthrax gefüllte Briefe hatten Ende 2001 in den USA eine Panik ausgelöst und mehrere Todesopfer gefordert. Bei den Untersuchungen der Vorfälle führten die Spuren auch in das rechtsextreme Lager. (mk)

Impressum

Schirmherrschaft:
Ute Vogt MdB

Herausgeber:
Institut für Information und Dokumentation e.V.,
Helmut Lölhöffel

Redaktion:
Gabriele Nandlinger (verantwortlich)

Mail: nandlinger@bnr.de
Fon: (030) 255 94 174
Fax: (030) 255 94 499

Verlag:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Postfach 610 322, 10925 Berlin
Fon: (030) 255 94 100
Fax: (030) 255 94 190

Abo-Service:
Berliner vorwärts Verlagsgesellschaft mbH
Fon: (030) 255 94 130
Fax: (030) 255 94 190
Mail: vertrieb@vorwaerts.de